

Staatsbürgerschaft im Schnellverfahren

Voraussetzungen für Einbürgerung sollen vereinfacht werden

Deutschland verramscht seine Staatsbürgerschaft – und das nicht nur auf Bundesebene: Am 1. Januar 2024 soll ein diversitykompetentes Landeseinbürgerungszentrum LEZ alle Staatsangehörigkeitsangelegenheiten von den Berliner Bezirksämtern an sich ziehen. Die Zahl der Einbürgerungen soll von jährlich 7.000 auf 20.000 nach oben katapultiert werden. Zuvor will das LEZ sich digitalisiert haben und ungeahnte Synergien erzeugen. Die rot-grüne Idee, mit den Neubürgern neue Wählerschichten zu generieren, stammt vom geschassten Senat Giffey. Der Senat Wegner und seine CDU machen dort weiter, wo die Wahlverlierer im Februar aufgehört haben.

Auf Bundesebene leistet Innenministerin Nancy Faeser die Vorarbeit, indem sie fast alle Voraussetzungen für einen deutschen Pass zurückfährt. So werden statt acht nur noch fünf Jahre Aufenthalt in Deutschland gefordert. Bei besonderen Integrationsleistungen wird auch nach drei Jahren eingebürgert.

Nun trifft der schlaue Plan zur Gewinnung neuer Wählerschichten auf

den Berliner „Schlamp-Faktor“ (Thilo Sarrazin). Im Klartext: Der Senat hat kein Übergangskonzept. Die Bezirke wissen seit Langem, dass ihnen die Bearbeitung der Einbürgerung entzogen wird. Also werden keine neuen Anträge mehr angenommen und alte kaum noch bearbeitet. Zudem wandert das Fachpersonal in den Bezirksämtern ab, da niemand weiß, wer ab Januar im LEZ übernommen wird.

- **Einbürgerung nach fünf statt acht Jahren**
- **Aufenthalt in Deutschland und bei besonderen Integrationsleistungen sogar schon nach drei Jahren**

So sieht es aus, wenn eine „einbürgerungsfreundliche Entscheidungspraxis“ mit Berliner Konzeptlosigkeit kollidiert. Der Verlierer ist immer der Bürger, ob Personal oder Antragsteller. Wer nur Sieger will, muss beim nächsten Urnengang die AfD wählen.

HUGH BRONSON

Folgen Sie der Hauptstadtfraktion in den Medien und nehmen Sie Kontakt auf:

-  +49 30 23 25-2622
-  info@afd-fraktion.berlin
-  afd-fraktion.berlin
-  twitter.com/afdfraktionagh
-  facebook.com/AfDFraktionAGH
-  [youtube.com/c/AfDFraktion AbgeordnetenhausBerlin](https://youtube.com/c/AfDFraktionAbgeordnetenhausBerlin)
-  instagram.com/afdfraktionagh
-  tiktok.com/@hauptstadtfraktion



Abonnieren Sie unseren Newsletter

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Fraktion der Alternative für Deutschland im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin
V.I.S.D.P. Andreas Heinzgen **TELEFON** 030 2325-2640 **E-MAIL** info@afd-fraktion.berlin
Diese Zeitung informiert über die Arbeit der AfD-Fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.

Schulen: AfD-Anfrage stoppt fragwürdige Personalpolitik

Zum Schuljahr 2023/24 können 1.500 Lehrerstellen nicht besetzt werden, im Schnitt zwei pro Schule. An mancher Schule mit über 90 Prozent Ausländeranteil fehlen sogar sechs Lehrer.

Der Senat verhängte deshalb für Schulen mit einer Personalausstattung von über 96,3 Prozent einen fatalen Einstellungsstopp. Begründung: Der Mangel müsse gleich verteilt werden.

Folge: Bewerber flüchteten in andere Bundesländer. Nach einer parlamentarischen Initiative der AfD-Fraktion musste der Senat das Einstellungsverbot aufheben.

Gegen den Lehrermangel setzt die AfD u.a. auf die Schaffung einer Laufbahn für Ein-Fach-Lehrer, den Einsatz von Headhuntern, Studienstipendien und bessere Arbeitsbedingungen.

Die Politik hat den Schulen und Lehrern immer neue Aufgaben wie Inklusion oder Integration von Flüchtlingskindern aufgebürdet, aber nie an die notwendigen personellen Ressourcen gedacht. Die bildungspolitischen Hausaufgaben (Lehrerbildung und Schulbau) wurden vernachlässigt. Deshalb jetzt: mehr Pragmatismus, weniger Ideologie!

THORSTEN WEIB





Berlin, Du kannst es besser!

Ein „Central Park“ für Berlin

Das Tempelhofer Feld kann zu einem neuen grünen Juwel für die Hauptstadt werden

Berlin gilt als die pulsierende Hauptstadt Deutschlands mit einer reichen und wechselhaften Geschichte. Inmitten dieses urbanen Zentrums liegt das Tempelhofer Feld, ein Ort, der eine bedeutende Rolle in der Vergangenheit Berlins gespielt hat und das auch in Zukunft wieder tun könnte.

Im Jahre 2014 haben die Bürger ein klares Votum abgegeben: Das Tempelhofer Feld darf nicht bebaut werden, weder ganz noch teilweise oder auch nur am Rand. Diese klare Entscheidung gilt es ernst zu nehmen. Doch entbindet diese Entscheidung die Politik und Verwaltung nicht davon, das Tempelhofer Feld im Sinne von Natur, Umwelt und damit auch im Sinne der Bürger weiterzuentwickeln.

Als AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus nehmen wir den Bürgerwillen ernst, aber auch gleichzeitig unsere Verantwortung wahr und wollen das Tempelhofer Feld zu einem Berliner „Central Park“ und so zu einem Ort für alle Berliner machen:

- ➔ mit einem bewaldeten Bereich
- ➔ weiteren Anstrengungen und Maßnahmen zur Steigerung der Biodiversität – denn auch hier ist noch deutlich Luft nach oben
- ➔ einer Zone für Familien mit Abenteuerspielplatz der neuesten Generation
- ➔ einem öffentlichen Sportbereich
- ➔ künstliche Seen oder Springbrunnen müssen auch in die Überlegungen einbezogen werden

Mit einer Mischung aus klassischer Parklandschaft, offener Erholungsfläche und einem klaren Konzept zur Verbesserung des Natur- und Artenschutzes kann das Tempelhofer Feld endlich sein volles Potenzial entfalten, ohne dabei gleichzeitig seinen Charakter zu verlieren.

Ein Teil dieses neuen Konzeptes kann auch die Schaffung einer neuen zentralen Veranstaltungs- und Freifläche

sein, wie es sie in vielen Städten weltweit gibt. Ähnlich könnte eine dafür vorgesehene Freifläche auf dem Tempelhofer Feld als Austragungsort für verschiedene Events und Volksfeste dienen, die das kulturelle Leben Berlins bereichern, das Gemeinschaftsgefühl fördern und Touristen anziehen – natürlich immer im Einklang mit einem entsprechenden Parkkonzept, um den Erholungscharakter der Parkanlage nicht zu beeinträchtigen.

- **Wir wollen diesen Prozess mit Ihnen gemeinsam im Rahmen eines breiten Bürgerbeteiligungsprozesses durchführen.**

Diese Kombination aus grüner Parkanlage und Veranstaltungsfläche kann das Tempelhofer Feld zu einem einzigartigen und lebendigen Ort machen und gleichzeitig Raum für Erholung und Naturerlebnis bieten.

Diese Entwicklung darf aber nicht von oben herab oder in irgendwelchen Hinterzimmern geschehen. Daher wollen wir diesen Prozess mit Ihnen gemeinsam im Rahmen eines breiten Bürgerbeteiligungsprozesses anstoßen.

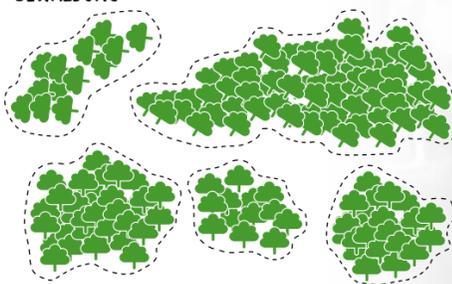
Denn: Wir wollen, dass sich hier alle Berliner Bürger wohlfühlen und mitreden dürfen.

Es ist Zeit, gemeinsam die Weichen für eine lebenswertere Metropole zu stellen.

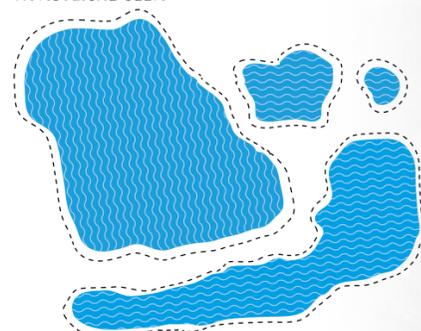
Die Umgestaltung des Tempelhofer Feldes kann dazu einen Beitrag leisten.

ALEXANDER BERTRAM

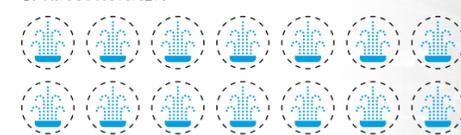
BEWALDUNG



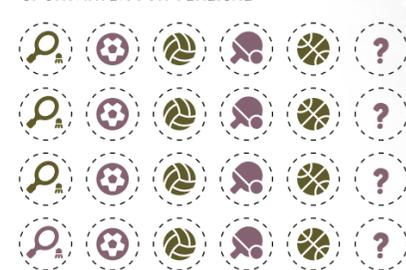
KÜNSTLICHE SEEN



SPRINGBRUNNEN



SPORTARTEN FÜR BEREICHE



Schicken Sie uns Ihre Ideen für das Tempelhofer Feld:

machmit@zentralpark.berlin

Kiezblocks sind keine Alternative

Nebenstraßen versinken im Verkehrschaos



Foto: stock.adobe, Herrich

Was sind eigentlich Kiezblocks? In Kiezblocks soll der Durchgangsverkehr aus Nebenstraßen verdrängt werden. Dafür werden Kreuzungen mit Pollern für den Autoverkehr gesperrt.

Auf den ersten Blick grundsätzlich begrüßenswert, dass Kinder sicherer spielen und ältere Menschen mit Rollatoren ungefährdet laufen können.

Auf den zweiten Blick aber zeigen sich die Probleme: Solange der ÖPNV nicht wirklich für alle eine Alternative darstellt,

werden auch weiterhin viele Anwohner ihr Auto morgens benutzen und aus dem Kiez fahren müssen. Dabei führen die abgesperrten Straßen zu unsäglichen Umleitungen und deutlich mehr Fahrtstrecke. Der Durchfahrtsverkehr bahnt sich seinen Weg durch andere Nebenstraßen oder umfährt die Poller auf dem Bürgersteig. Handwerker oder Pflegedienste werden ausgebremst.

Deshalb haben sich beispielsweise im „Bellermann Kiez“ oder im „Komponis-

tenviertel“ viele Bewohner gegen Kiezblocks ausgesprochen.

Was tun? Nun das Hauptproblem – der Durchgangsverkehr der kein eigenes Ziel im Kiez hat – muss dadurch verhindert werden, dass man dem Verkehr klare und flüssige Achsen anbietet. Kein Autofahrer fährt freiwillig durch kleine Anwohnerstraßen, wenn er stattdessen funktionierende Hauptverkehrsstraßen nehmen kann.

- **Der Durchfahrtsverkehr bahnt sich seinen Weg durch andere Nebenstraßen oder umfährt die Poller auf dem Bürgersteig**

Bestes Beispiel: Solange der Schlangebader Tunnel geöffnet war, hatten die Anwohner ruhige Straßen; nach Schließung des Tunnels wühlt sich der Verkehr durch den Kiez und Straßen wie die Sodener oder Dillenburger Straße versinken im Verkehrschaos.

Deshalb spricht sich die AfD grundsätzlich gegen Kiezblocks aus und will den Durchfahrtsverkehr auf klaren Hauptverkehrsachsen um Wohngebiete herumführen.

ROLF WIEDENHAUPT

Sonderschulden statt Sondervermögen

Taschenspielertrick der Berliner CDU-SPD-Koalition

Stellen Sie sich vor, Sie gehen zu Ihrer Hausbank und wollen für verschiedene Anschaffungen und Sanierungen in Ihrer Wohnung einen Kredit. Zuallererst würde geprüft, ob Sie bereits andere Zahlungsverpflichtungen und Schulden haben und ob Ihr Einkommen ausreichend hoch ist, Zinsen und Tilgungsraten zu bedienen. Weiterhin müssten Sie Sicherheiten in Form von Kontengeld, Bürgschaften oder Hypotheken liefern. Die Hürden für einen Kredit sind hoch.

Ganz anders soll es beim Berliner Landeshaushalt laufen. Die neue Koalition unter Führung der CDU will die Schuldenbremse mithilfe einer „Klima“-Notlage aushebeln und zusätzliche Kredite von bis zu zehn Milliarden

Euro aufnehmen – und das beim aktuell höchsten Schuldenstand aller Zeiten von 67 Milliarden Euro. Wenn Ihnen bei diesen Zahlen noch nicht schwindlig geworden ist – es geht noch mehr.

- **Berliner CDU-SPD-Koalition gibt dem Kind einfach einen anderen Namen und nennt die geplanten zehn Milliarden Euro „Klima“-Sondervermögen.**

Die landeseigenen Unternehmen schlagen zusätzlich mit ca. 23 Milliarden Euro Schulden zu Buche. Und die Pensionsverpflichtungen des Landes Berlin – also die Pensionszusagen an die

Berliner Landesbeamten – belaufen sich auf insgesamt 65 Milliarden Euro. Was macht nun die Berliner CDU-SPD-Koalition daraus? Sie gibt dem Kind einfach einen anderen Namen und nennt die geplanten zehn Milliarden Euro „Klima“-Sonderschulden kurzerhand „Sondervermögen“. Ein Taschenspielertrick, den bereits die Bundesregierung erfolgreich praktiziert hat.

Und jetzt stellen Sie sich vor, wie Ihr Bankberater reagieren würde, wenn Sie ihm sagen, dass die Kredite für Ihre Wohnung ja keine Schulden sind, sondern ein Vermögen. Würde er Ihnen diesen Kredit noch geben?

DR. KRISTIN BRINKER